

Änderungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

zu der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)
— Drucksache 12/2425 —

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/824 —

Keine weiteren israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 12/2425 – wird wie folgt gefaßt:

I. Der Antrag erhält folgenden Titel:

„Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten“.

II. Der Antrag erhält im übrigen die folgende Fassung:

- „1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß durch die Nahost-Friedenskonferenz in Madrid ein Verhandlungsprozeß eingeleitet wurde, an dem erstmals alle Konfliktparteien beteiligt sind. Er begrüßt dabei ausdrücklich die neue Flexibilität und die neue Dynamik in den Verhandlungen, die insbesondere seit dem Amtsantritt der neuen israelischen Regierung unter Premierminister Rabin im Juli 1992 auf allen Seiten zu verzeichnen ist. Er bekräftigt seine Erwartung, daß die Verhandlungen jetzt genutzt werden, um eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-arabischen Konflikts und der Palästina-Frage zu erreichen. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Hoffnung, daß am Abschluß des Friedensprozesses ein in der Region anerkanntes Israel friedlich und sicher mit seinen Nachbarn leben und das palästinensische Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben kann.
2. Der Deutsche Bundestag tritt dafür ein, daß die Chance, die sich für den Frieden im Nahen Osten eröffnet hat, durch Augenmaß und die Bereitschaft zu wohlerwogenen Kompromissen genutzt wird. Er fordert die Beteiligten dazu auf, alle ihnen möglichen Schritte zur Schaffung eines Klimas

des Vertrauens einzuleiten. Als ein deutliches Signal in diesem Sinne wertet der Deutsche Bundestag die Aufhebung des Kontaktverbotes zur PLO durch die israelische Knesset vom 19. Januar 1993. Im gleichen Sinn ist es jetzt noch bedeutsamer, alles zu unterlassen, was die Verhandlungen und den Friedensprozeß behindern oder gar gefährden könnte.

3. In diesem Zusammenhang sieht der Deutsche Bundestag nach wie vor in der Siedlungspolitik der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten und der Beschlagnahme arabischen Eigentums sowie vor allem in der jüngst erfolgten Abschiebung von 396 Palästinensern durch die israelische Regierung die Gefahr einer Belastung des Friedensprozesses und einer Selbstisolierung Israels in der Völkergemeinschaft. Der Deutsche Bundestag, erfreut über die Fortschritte, die in der Siedlungsfrage erzielt werden konnten, hält es daher für unerlässlich, daß sämtliche einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates voll zur Anwendung gelangen.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und begleitend in direktem Kontakt mit der israelischen Regierung auf eine Einstellung der israelischen Siedlungsaktivitäten und eine Beachtung der UNO-Resolution 799 hinzuwirken. Der Deutsche Bundestag bekräftigt noch einmal die Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten vom 18. Dezember 1992, sieht aber in dem israelischen Kompromißangebot vom 2. Februar 1993 einen ersten Schritt bei der Suche nach einer Lösung des Problems, da das Angebot eine Anzahl von bedeutenden Elementen der UNO-Resolution 799 enthält, und fordert Israel auf, weitere Schritte zur Lösung dieser Problematik gemäß UNO-Resolution 799 zu unternehmen.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - durch verstärkte materielle Hilfe an die Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten national wie im europäischen Rahmen zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beizutragen,
 - auf einen Bericht der Europäischen Gemeinschaft hinzuwirken, wie diese Hilfe auch durch direkte Vergabe an humanitäre Organisationen vor Ort effektiver gestaltet werden könnte.

6. Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, daß der erfolgreiche Abschluß des in Madrid begonnenen Friedensprozesses und darin enthalten eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes und der Palästina-Frage Grundlage und Voraussetzung für die Entwicklung einer weitreichenden Kooperation im politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Europa und den Völkern und Staaten im Nahen Osten ist."

Bonn, den 10. Februar 1993

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Die in der Tabelle aufgeführten Personen sind in der Regel
 in der Tabelle aufgeführt. Die in der Tabelle aufgeführten
 Personen sind in der Regel in der Tabelle aufgeführt.
 Die in der Tabelle aufgeführten Personen sind in der Regel
 in der Tabelle aufgeführt. Die in der Tabelle aufgeführten
 Personen sind in der Regel in der Tabelle aufgeführt.
 Die in der Tabelle aufgeführten Personen sind in der Regel
 in der Tabelle aufgeführt. Die in der Tabelle aufgeführten
 Personen sind in der Regel in der Tabelle aufgeführt.